

Zürich

Sparvorlage ohne Trauer beerdigt

KANTONS RAT Die Regierung wollte auf Kosten der Gemeinden jährlich 56 Millionen im Finanzausgleich sparen. Diese Vorlage, Teil des Sparprogramms Lü16, hat der Kantonsrat gestern einstimmig versenkt – und der Regierung die Leviten gelesen.

Der innerkantonale Finanzausgleich ist ein Kompromiss, mühsam ausgehandelt vom Kantonsrat im Jahre 2011 und dann vom Volk mit 74 Prozent Ja abgesegnet. Damals wurde festgelegt, wie viel die reichen Gemeinden abliefern müssen und auf wie viel die ärmeren Anspruch haben.

An diesem Kompromiss schräubelte die Regierung 2016, als sie ihr Sparprogramm Lü16 aufgleiste. Sie schlug vor, bei den reichen Gemeinden minim mehr abzuschöpfen und den Anspruch der Armen minim zurückzustutzen. Rund 50 Millionen Franken hätte der Kanton auf diese Weise ab 2019 sparen können.

Beim Schräubeln hat sich die Regierung die Finger verbrannt. Gestern hat der Kantonsrat die Vorlage mit 162 zu 0 Stimmen versenkt. Das Scheitern zeichnete sich ab, denn schon in den vor-

beratenden Kommissionen war das Werk aus der Küche von Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) durchgefallen. Hauptkritikpunkt: Die Regierung spart nicht wirklich, sondern wälzt einfach Kosten auf die Gemeinden ab.

«Die Leidtragenden wären die Gemeinden», sagte Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon) gestern in der Debatte. Via Steuererhöhungen würden letztlich die Bürger zur Kasse gebeten. Markus Bärtschiger (SP, Schlieren) sprach wegen der Kostenverschiebung von einer «Pseudosparvorlage». Stossend fand er vor allem, dass die armen Gemeinden weniger Geld erhalten hätten.

Schräg in der Landschaft

«Die Vorlage steht schräg in der Landschaft», sagte Martin Farner (FDP, Oberstammheim) und erteilte der Regierung die ungenü-

gende Note 3–4. Der Kompromiss von 2011 dürfe wegen des Spardrucks nicht infrage gestellt werden, zumal dieser Druck ja abgenommen habe. Michael Zeugin (GLP, Winterthur) kritisierte, die Regierung betreibe keine nachhaltige Politik. Statt die Kosten bei der Gesundheit und der Bildung einzudämmen, spare sie «auf dem Buckel der Ärmsten».

«Diese Vorlage ist Gift für das Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden», sagte Philipp Kutter (CVP, Wädenswil). Weil sie einzig Kosten auf die Gemeinden abwälze, habe sie das ganze Lü16-Paket in Verruf gebracht.

Abrechnung mit Lü16

Die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes gehört zu den letzten grossen Lü16-Vorlagen, die auf den Tisch des Kantonsrates kommen. Die Linke nutzte die Gelegenheit, mit dem inzwischen arg zerzausten Sparprogramm abzurechnen. Markus Bischoff (AL, Zürich) sagte, Lü16 sei eine «unnütze Übung» gewesen. Das

zeigten die Gewinne der letzten beiden Kantonsrechnungen, die sich auf über 600 Millionen summieren. Der bürgerlichen Mehrheit, welche das Sparpaket der Regierung willkommen hiess, warf er vor, sich selber nicht an die Vorgaben gehalten, sondern an Lü16

«Alle schleichen sich jetzt von Lü16 davon.»

Markus Bischoff, Kantonsrat AL

massive Abstriche gemacht zu haben. Gemäss seiner Rechnung ist das Sparziel um knapp 290 Millionen Franken verfehlt worden. «Alle schleichen sich jetzt von Lü16 davon», sagte Bischoff. «Hören wir doch endlich auf mit diesem mittelfristigen Ausgleich»,

sagte er. Ist der Ausgleich negativ wie zwischen 2013 und 2020, löst dies Sparprogramme aus.

In dieselbe Kerbe hieb auch Markus Späth (SP, Feuerthalen): Er hält den mittelfristigen Ausgleich für ein «untaugliches Instrument». Bei Lü16 habe bisher vor allem das Personal bluten müssen. Lohnerhöhungen seien ihm nur in «homöopathischen Dosen» verabreicht worden. Zudem habe sich gezeigt, dass sich die Bürgerlichen dem Sparen verweigerten, sobald es um ihre eigene Klientel gehe. Als Beispiel nannte Späth die gescheiterte Spitalsteuer bei der Klinik Hirslanden und den entschärften Pendlerabzug. «Lü16 war, ist und bleibt unnötig», rief er.

Regierungsrätin Fehr tat die Kritik als «politisches Ritual» ab. Sie räumte ein, dass die Finanzausgleichsvorlage nicht die beste gewesen sei. Aber die Regierung habe wegen des Lochs von 1,8 Milliarden im mittelfristigen Ausgleich ein Sparprogramm schnüren müssen. *Thomas Schraner*